

## Erinnerungskämpfe





# ERINNERUNGSKÄMPFE

Neues deutsches Geschichtsbewusstsein

Herausgegeben von Jürgen Zimmerer

RECLAM 

2023 Philipp Reclam jun. Verlag GmbH,  
Siemensstraße 32, 71254 Ditzingen  
Druck und buchbinderische Verarbeitung: GGP Media GmbH,  
Karl-Marx-Straße 24, 07381 Pößneck  
Printed in Germany 2023  
RECLAM ist eine eingetragene Marke  
der Philipp Reclam jun. GmbH & Co. KG, Stuttgart  
ISBN 978-3-15-011454-4

Auch als E-Book erhältlich

[www.reclam.de](http://www.reclam.de)



# Inhalt

## Einleitung

- 11 Erinnerungskämpfe. Wem gehört die deutsche Geschichte?  
JÜRGEN ZIMMERER
- 38 Danksagung

## Das Kaiserreich und deutsche Kontinuitäten

- 41 Neuer Streit um Bismarck und ein altes Feindbild  
im Streit ums Kaiserreich  
CHRISTOPH NONN
- 55 Der Völkermord an den Herero und Nama und die deutsche  
Geschichte  
JÜRGEN ZIMMERER
- 80 ›Fischer Reloaded?‹ Der neue Streit ums alte Kaiserreich  
ECKART CONZE
- 105 Streit in Zeiten der Pandemie: Die Auseinandersetzung um  
das Verhältnis der Hohenzollern zum Nationalsozialismus  
THOMAS WEBER

## Nationalsozialismus / Zweiter Weltkrieg

- 131 Marginalisiert, unsichtbar? Der Kampf um die Anerkennung  
der vergessenen Opfer des ›Dritten Reiches‹  
BODIE A. ASHTON
- 154 Vernichtungskrieg und deutsche Besatzung im Zweiten  
Weltkrieg: Von Sagbarkeitsregimen, Meistererzählungen  
und erinnerungspolitischen Fehlstellen  
TATJANA TÖNSMEYER

- 175 Der »vergessene Osten«: Der deutsche Vernichtungskrieg gegen Polen und die Sowjetunion und die blinden Flecken der deutschen Erinnerung  
FRANZISKA DAVIES
- 201 Der Krieg und die Geschichte: Russland, die Ukraine und das Problem des historischen Vergleichs  
DIETER POHL · THOMAS SANDKÜHLER

## Holocaust und multidirektionale Erinnerung

- 223 Gelebte Multidirektionalität: Der »Historikerstreit 2.0« und die Politiken der Holocausterinnerung  
MICHAEL ROTHBERG
- 247 Die Katechismen des Aktivismus. Die Bedeutung Israels im »Historikerstreit 2.0«  
MERON MENDEL
- 264 »Die deutsche Debatte ist von Obsessionen geprägt«: Erinnerungsräumliche Betrachtungen zum Katechismus der Deutschen  
A. DIRK MOSES
- 291 Hermeneutische Schikanen: Wie jüdisch-arabische und arabisch-jüdische Solidarität untergraben wird  
SONJA HEGASY
- 310 Der Streit um Achille Mbembe und die Frage der Deutungshoheit über die Geschichte  
HAJO FUNKE
- 328 Der zurückfliegende Bumerang. Die documenta fifteen, deutsche Debatten und Leerstellen  
HANNO HAUENSTEIN · EYAL WEIZMAN

## DDR/BRD/Wiedervereinigung

- 355 Der Kampf um die Zukunft: Die DDR-Geschichte  
im Widerstreit der Interessen  
ILKO-SASCHA KOWALCZUK
- 375 Die DDR als Migrationsgesellschaft und die rassistische  
Gewalt der »Baseballschlägerjahre« in Ostdeutschland:  
Der Weg in die Berliner Republik  
KATHARINA WARDA · PATRICE G. POUTRUS
- 397 Leerstellen der Erinnerung: »Gastarbeiter:innen« in der  
Bundesrepublik  
LISA HASSLER
- 414 Berlin ist nicht Bonn ist nicht Weimar. Die deutschen  
Republiken im politischen Deutungskampf  
CLAUDIA C. GATZKA

## Die Berliner Republik. Marginalisierungen und neue Meistererzählungen

- 435 »Unter die Deutschen gefallen«. Schwarze deutsche Identität  
und der literarische Kampf um Anerkennung  
CHIEDOZIE MICHAEL UHUEGBU
- 458 Wem gehört die »Leitkultur«? Islamdebatten und Almanyas  
verborgene Erinnerungen  
OZAN ZAKARIYA KESKINKILIÇ
- 476 Vom »Vogelschiss«, Bismarck und deutschen Opfern: Die Neue  
Rechte und der Kampf um die deutsche Erinnerungskultur  
SOPHIE SCHMALENBERGER
- 495 Mölln, NSU, Halle, Hanau – Rechtsterror, Kontinuität  
und deutsche (Nicht-)Erinnerung  
EFSUN KIZILAY
- 512 Zwischen Nation und Staatenverbund: Historische  
Europadiskurse und die Krisen des frühen 21. Jahrhunderts  
FRANK JACOB
- 531 Autorinnen und Autoren



## Einleitung



## Erinnerungskämpfe. Wem gehört die deutsche Geschichte?

JÜRGEN ZIMMERER

Deutschland hadert mit seiner nationalen Identität. Wie könnte es auch anders sein? Die welthistorische Katastrophe des ›Dritten Reiches‹ mit seinen Verbrechen, allen voran dem Holocaust, erfordert eine fortwährende Auseinandersetzung mit dieser Geschichte, ihren Ursprüngen und Folgen. Das ›Dritte Reich‹ war eine moralische Bankrotterklärung, die Kriegsniederlage Deutschlands ein totaler – militärischer und politischer – Zusammenbruch sondergleichen. Das erschütterte Geschichtsbewusstsein entwickelte sich seit der deutschen Teilung in unterschiedliche Richtungen. Die Wiedervereinigung brachte verstärkte Debatten im nationalen Rahmen: Erinnerungskämpfe um Aufmerksamkeit und Hegemonie, staatlicherseits wie von zivilgesellschaftlichen Initiativen.

Die deutsche Geschichte taugt nicht als Quell rein positiver Identitätsstiftung: Für alle Epochen vor 1933 ist die Frage zu stellen, wie sie zu den Menschheitsverbrechen danach stehen, für die Auschwitz die Chiffre wurde. Für die Zeit nach 1945 stellt sich die Frage, wie man sich mit dieser Geschichte auseinandersetzte, welche Lehren man aus Diktatur und Menschheitsverbrechen zog, wie man diese umsetzte.

Deutschland steht zu Beginn des dritten Jahrtausends am Scheideweg. Das Anwachsen illiberaler Tendenzen ist unverkennbar. Im Bundestag sitzt eine Partei, deren ehemaliger Vorsitzender auf die »ruhmreiche Geschichte, die länger dauerte als 12 Jahre« hinwies und der »Hitler und die Nazis« als »nur ein Vogelschiss in unserer über tausendjährigen Geschichte« bezeichnen konnte,<sup>1</sup> ohne dafür zur Rechenschaft gezogen zu werden. Gedenkstätten an Nationalsozialismus und Holocaust werden regelmäßig geschändet. Erkennbar jüdische Institutionen müssen rund um die Uhr polizeilich bewacht werden, denn die Gewalt bleibt nicht auf Objekte beschränkt: Die Anzahl

1 AfD-Fraktion im Bundestag, »Vollständige Rede Dr. Alexander Gaulands«, 2. 6. 2018: <https://afdbundestag.de/vollstaendige-rede-dr-alexander-gaulands-vom-02-juni-2018/> (zuletzt eingesehen am 13. 7. 2023).

antisemitischer und rassistischer Vorfälle steigt seit Jahren. Die rechts-extreme Terrorgruppe »Nationalsozialistischer Untergrund« (NSU) konnte mehr als zehn Jahre mordend durch Deutschland ziehen, während die Täter:innen aufgrund des Rassismus der deutschen Sicherheitskräfte im Umfeld ihrer Opfer gesucht wurden. In Halle verübte ein Attentäter im Oktober 2019 einen Anschlag auf die dortige Synagoge. Als die Tür dem Angriff standhielt, ermordete er zwei Passant:innen, unter anderem in einem türkischen Imbiss. Da er Juden/Jüdinnen nicht töten konnte, tötete er andere, die er als ›Fremde‹, ›Andere‹, ›Nicht-Zugehörige‹ deutete. Letztendlich unterscheiden rechtsextreme Terroristen nicht zwischen Juden/Jüdinnen und Muslim:innen. Ihnen geht es um den Kampf gegen alles ›Fremde‹, das nicht so ist wie sie oder wie sie sich imaginieren. Vier Monate später ermordete ein anderer Rechtsterrorist neun migrantisierte Menschen (und seine eigene Mutter) unter anderem in einer Shisha-Bar in Hanau. Bereits im Juni 2019 war der Politiker Walter Lübcke einem Attentat zum Opfer gefallen, weil er sich 2015 für die Aufnahme von Flüchtenden ausgesprochen hatte.

Diese einzelnen Beispiele zeigen, dass sich ein rassistisches und antisemitisches gewaltbereites Segment der deutschen Gesellschaft herausbildet. Im Land des Holocaust und der Ermordung der Sinti:zze und Rom:nja, der Nürnberger Rassegesetze und eines erbarungslosen Eroberungs- und Vernichtungskrieges gegen slawische Menschen ist dies eine besonders beunruhigende Entwicklung. Es ist Zeit, darüber nachzudenken, ob die deutsche Vergangenheitsbewältigung so erfolgreich war, wie es sich die deutsche Gesellschaft gerne selbst attestiert.

Fragen an die deutsche Erinnerungskultur wirft auch die russische Invasion in die Ukraine vom Februar 2022 auf (und hätte eigentlich schon der Angriff von 2014 aufwerfen müssen). Hat man in der Betrachtung des Zweiten Weltkriegs zu lange die Sowjetunion mit Russland gleichgesetzt, hat man deshalb den russischen Imperialismus unterschätzt? Und ergibt sich aus den millionenfach dem deutschen Vernichtungskrieg zum Opfer gefallenen Russ:innen nun das Verbot, Waffen zu liefern, die gegen Russland verwendet werden könnten, oder die Pflicht, Waffen zu liefern, um die Ukrainer:innen, die ebenfalls millionenfach unter deutschem Terror starben, in die Lage zu versetzen, sich zu verteidigen? Und was bedeutet es, wenn

von Putin als ›neuem Hitler‹ geschrieben wird, teilweise von den gleichen Medien, die ein Jahr zuvor noch Holocaust-Relativierung witterten, wenn auf koloniale Ursprünge bestimmter nationalsozialistischer Verbrechen hingewiesen wurde? Müssten darüber nicht die großen Debatten geführt werden?

Wenn es diese Debatten überhaupt gibt, finden sie nur in einer begrenzten Öffentlichkeit statt. Der Weg ins Feuilleton gelingt dagegen vor allem jenen, die die deutsche Aufarbeitungsleistung bestätigen, indem sie tatsächliche oder postulierte Transgressionen von Menschen herausstellen, die ›von außen‹ kommen, sei es aus Kamerun bzw. Südafrika wie im Falle Achille Mbembes, sei es aus Indonesien wie im Falle der documenta 15. In beiden Fällen ist Antisemitismus der Vorwurf, und zwar der ›importierte‹<sup>2</sup>.

Zweifellos sind Teile der Aussagen von Achille Mbembe zu kritisieren, genau wie einzelne Bilder in Kassel antisemitisch waren oder antisemitische Elemente enthielten. Jedoch kommt die Reduktion des Antisemitismus auf ein Problem der nach Deutschland migrierten Menschen oder von Menschen aus dem Globalen Süden einer symbolischen (historischen) Verantwortungsverweigerung gleich.

In einer Form der öffentlichkeitswirksamen Schuldumkehr werden die Nachkommen der Täter:innen des Holocaust aus ihrer Verantwortung entlassen, während Menschen, die biographisch keinen Bezug zu den Verbrechen des nationalsozialistischen Deutschland haben, nun die Beschuldigten sind. Ihr Ausschluss aus dem Diskurs in Form eines symbolischen Exorzismus reinigt die deutsche Gesellschaft »mit Nazihintergrund«<sup>3</sup>. Gleichzeitig stabilisiert die Stigmati-

2 [o. A.], »CDU spricht von ›eingewandertem Antisemitismus‹«, in: *Der Spiegel*, 17. 5. 2021, <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/deutschland-cdu-macht-eingewanderten-antisemitismus-fuer-judenhass-verantwortlich-a-5f58f277-eda5-40b3-b45e-b2b83bfaae72> (zuletzt eingesehen am 13. 7. 2023).

3 Moshtari Hilal und Sinthujan Varatharajah hielten mit dem Ausdruck »Menschen mit Nazihintergrund« der Verwendung des Begriffs »Menschen mit Migrationshintergrund« den Spiegel vor und wiesen auf die vielfältigen familiären Kontinuitäten hin. Siehe dazu: Nina Monecke, »Es geht uns nicht um Boykott, sondern um Transparenz«, 19. 3. 2021: <https://www.zeit.de/zett/politik/2021-03/ns-familiengeschichte-instagram-diskussion-nazihintergrund-moshtari-hilal-sinthujan-varatharajah> (zuletzt eingesehen am 13. 7. 2023).

sierung von Minderheiten die völkische Basis der deutschen Gesellschaft, und dies ausgerechnet im vorgeblichen Kampf gegen Antisemitismus.

Generell zeigt sich hier ein Muster, das sich auch verallgemeinern lässt: das Auseinanderfallen von Vergangenheitsbewältigung als ritualisiertes Bekenntnis und einer kritischen Auseinandersetzung mit den historischen Wurzeln der aktuellen Gewalt und Illiberalität. Dies wiederholt sich mit dem demonstrativen Bekenntnis zur Erinnerung an den Holocaust und den sich daraus ergebenden Konsequenzen, etwa im Verhältnis zu Israel, einerseits, während andererseits beispielsweise mit dem Humboldt Forum ein architektonischer Schlussstrich gezogen wird. Stattdessen wird eine neue identifikatorische Meistererzählung vom goldenen Jahrhundert deutscher Wissenschaft und Kultur vor dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs durchgesetzt. Dies stellt genau die ›Normalisierung‹ der deutschen Geschichte dar, die es eigentlich nicht geben sollte.

Allerdings wird dieser Widerspruch in der öffentlichen Debatte nicht aufgelöst, sondern mit großer Verve werden diejenigen kritisiert, welche diese Normalisierung in Frage stellen, indem sie die rassistischen (bis genozidalen) Traditionen gerade auch in die vermeintliche Epoche deutscher Modernität und Weltgeltung verfolgen.

## Von der Kapitulation bis zur Wiedervereinigung

Die aus der Sicht von 1945 unwahrscheinliche Rückkehr Deutschlands und der Deutschen in die internationale Gemeinschaft war nur um den Preis des Neuanfangs auch im Umgang mit der Vergangenheit möglich. Die Totalität des moralischen Zusammenbruchs erzwang einen erinnerungspolitischen Neuanfang und damit den Bruch mit einer Tradition, die in der Geschichte vor allem eine Ressource positiver Identifikation sah. Dieser (selbst-)kritische Umgang mit der eigenen Geschichte wurde zu einem Fundamentalkonsens der Bundesrepublik (und im Grunde auch der DDR, bei allen Unterschieden im Detail).

Es war dieses im Laufe der Jahre von einer immer breiteren gesellschaftlichen Basis getragene Bemühen, die deutschen Verbrechen

nicht zu beschönigen, sondern in ihrer Verbrechenhaftigkeit anzuerkennen, das Deutschland im Ausland, vor allem unter seinen europäischen Nachbarn, Respekt einbrachte – jenen Nachbarn, das darf nicht vergessen werden, die unter der deutschen Aggression, dem deutschen Rassismus und dem deutschen Antisemitismus besonders gelitten hatten. Es bescherte Deutschland Glaubwürdigkeit nach außen und einen neuen identifikatorischen Kern im Inneren.

Der Holocaust stand allerdings in den ersten Dekaden nach Kriegsende keineswegs im Mittelpunkt deutscher kollektiver Erinnerung, von der individuellen, durch Verdrängung geprägten Rückschau ganz zu schweigen. Persönlich sahen sich viele Deutsche als Opfer: als Opfer des Regimes und seines Sicherheitsapparates, als Opfer des Krieges durch Flucht und Vertreibung aus den Ostgebieten, der Vergewaltigungen durch die Soldaten der Roten Armee, als Opfer des alliierten Bombenkriegs, als Opfer der scheinbaren ›Siegerjustiz‹, die nachträglich ihr Verhalten kriminalisierte, und schließlich als Opfer eines angeblich von außen oktroyierten ›Schuldultes‹.<sup>4</sup>

Auch war die ›Stunde Null‹ kein Neuanfang, was personelle Kontinuitäten anging und auch nicht, was administrative und juristische Strukturen betraf. Noch 40 Jahre nach Kriegsende musste Bundespräsident Richard von Weizsäcker in seiner berühmten Rede vom 8. Mai als dem »Tag der Befreiung« darauf hinweisen, dass man weniger besiegt als befreit worden sei.<sup>5</sup> Damit setzte er dem revisionistischen Diskurs einer Niederlage, die man rückgängig machen müsse, ein Narrativ entgegen, das diese Niederlage als positiven Neubeginn

4 Vgl. zur Geschichte der Auseinandersetzung mit dem NS etwa Norbert Frei, *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*, München 1996; Magnus Brechtken (Hrsg.), *Aufarbeitung des Nationalsozialismus. Ein Kompendium*, Göttingen 2021; Peter Reichel / Harald Schmid / Peter Steinbach (Hrsg.), *Der Nationalsozialismus – die zweite Geschichte*, München 2009.

5 Richard von Weizsäcker, »Rede bei der Gedenkveranstaltung im Plenarsaal des Deutschen Bundestages zum 40. Jahrestag des Ende des Zweiten Weltkriegs in Europa«, 8. 5. 1985; [https://www.bundespraesident.de/Shared-Docs/Reden/DE/Richard-von-Weizsaecker/Reden/1985/05/19850508\\_Rede.html](https://www.bundespraesident.de/Shared-Docs/Reden/DE/Richard-von-Weizsaecker/Reden/1985/05/19850508_Rede.html) (zuletzt eingesehen am 13. 7. 2023).

interpretierte.<sup>6</sup> Er holte damit in gewisser Weise für die Westdeutschen nach, was in der DDR von Anfang an als Sieg über den Faschismus und damit als Gründungs- wie Begründungsakt zelebriert worden war.

An der Rede, die mittlerweile als eine der großen der deutschen Geschichte gefeiert wird, gab es seinerzeit scharfe Kritik auch aus den Reihen von Weizsäckers CDU, etwa von Alfred Dregger.<sup>7</sup> Die Bewertung als Befreiung zum Wohle der Deutschen war Mitte der 1980er Jahre keineswegs unumstritten. So nahm Bundeskanzler Helmut Kohl im gleichen Jahr etwa am ›Schlesiertreffen‹ in Hannover unter dem Motto ›Schlesien bleibt unser‹ teil, und auch sein vielkritisierter Besuch mit US-Präsident Ronald Reagan auf dem Soldatenfriedhof in Bitburg gehört in diesen Kontext.<sup>8</sup> Dies war Teil der ›geistig-moralischen Wende‹, die Kohl nach seiner Wahl zum Bundeskanzler ausgerufen hatte.

Zur Akzeptanz der Rede von Weizsäckers trug sicherlich bei, dass er den Deutschen jeglichen Alters auch einen Ausweg aus der persönlichen Schuld anbot. Befreit wird man ja von etwas, das man nicht will, von etwas Fremdem, das einen befällt, nicht von etwas, dem man millionenfach zujubelte, an dem man sich millionenfach beteiligte. In diesem inhärenten Entlastungsangebot liegt ein Grund für die bereitwillige Übernahme des in der Rede angebotenen Narrativs. Das breite gesellschaftliche Bekenntnis zu den beispiellosen Verbrechen wurde erleichtert, indem jüngere Deutsche zumindest teilweise von der Täter- auf die Opferseite rücken konnten. Dies sollte weitreichende Folgen haben, verfestigte sich damit doch auch die Vorstellung vom Nationalsozialismus als etwas Fremdem, aus der deutschen Geschichte Gelöstem. Von Weizsäckers Rede erteilte dem Geschichtsrevisionismus, der das ›Dritte Reich‹ noch verherrlichen wollte, zwar eine klare Absage, er tat dies aber, ohne die Mehrheit der

6 Vgl. Wissenschaftliche Dienste des deutschen Bundestages, »8. Mai 1945 in der Erinnerungskultur der Bundesrepublik Deutschland«, 4. 5. 2005.

7 Siehe dazu: Wolfgang Benz, »Zwischen Amnesie und Erinnerungskultur – Die Deutschen und der 8. Mai 1945«, 24. 5. 2019: <http://www.bpb.de/291762> (zuletzt eingesehen am 13. 7. 2023).

8 Vgl. Wissenschaftliche Dienste des deutschen Bundestages, »8. Mai 1945« (s. Anm. 6).

Deutschen mit ihrer eigenen Täterschaft – oder der ihrer Eltern und Großeltern – zu konfrontieren. Dies blieb weiterhin vor allem zivilgesellschaftlichen Initiativen überlassen.

Im ebenfalls in diesen Kontext gehörenden Historikerstreit strebte die konservative Seite ebenfalls nach Entlastung. Ernst Nolte und seine Unterstützer argumentierten, die Deutschen hätten nur auf das Vorbild und vor allem die Bedrohung von außen seitens des Bolschewismus reagiert, eine Art kollektive Notwehr also. Dem widersprachen sich progressiv und kritisch verstehende Historiker und Philosophen, allen voran Jürgen Habermas. Sie setzten sich durch und legten damit die Grundlage für eine deutsche Identität, die auf einer selbstkritischen Betrachtung der eigenen Geschichte basierte.<sup>9</sup>

Dass es ein Bedürfnis nach Entlastung überhaupt gab, dass kollektives Beschweigen und Verdrängen nicht mehr ausreichten, ist auf den Erfolg einer Geschichtsaufarbeitung zurückzuführen, die Stück für Stück die Verbrechen des ›Dritten Reiches‹ anerkannte und durch Forschungen und die Arbeit von Graswurzelinitiativen ins öffentliche Bewusstsein rückten. So verschob sich ein Narrativ, dass die Deutschen als Opfer des Zweiten Weltkriegs und auch der Nationalsozialisten begriffen hatte, hin zu einer Erzählung von den Deutschen als Täter:innen; und das geschah so nachhaltig, dass sich ein Großteil heute gar nicht mehr vorstellen kann, wie mühsam das Wissen um den Holocaust und das Bekenntnis zu Schuld und Verantwortung dafür erstritten werden mussten.

Trug die doppelte deutsche Vergangenheitsbewältigung dazu bei, den Nachbarn der beiden deutschen Staaten die Angst zu nehmen, so gewann dies nach dem Fall der Berliner Mauer und dem Ende der deutschen Teilung nochmals an Bedeutung. Alte Ängste vor einem ›Vierten Reich‹ brachen aus. Man denke an die Konferenz von Chequers 1989, auf der sich die britische Premierministerin Margaret Thatcher mit Deutschlandhistoriker:innen beriet, ob von einem erneut geeinten Deutschland eine solche Gefahr ausging. Deren Fazit gewährte den Deutschen einen Vertrauensvorschuss: »[T]he weight

9 Siehe die Textsammlung »Historikerstreit«. *Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung*, München 1987.

of the evidence and the argument favoured those who were optimistic about life with a united Germany«. Ganz sicher waren sich die Berater:innen Thatchers allerdings auch nicht: »But even the optimists had some unease, not for the present and the immediate future, but for what might lie further down the road than we can yet see.«<sup>10</sup>

Ein Weg, die Ängste zu zerstreuen, war die endgültige völkerrechtliche Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als deutsche Ostgrenze,<sup>11</sup> ein anderer die Verpflichtung zu noch stärkerer Integration auch des wiedervereinigten Deutschlands in die Europäische Union, einschließlich der Bereitschaft zur Aufgabe der eigenen Währung, ein dritter war das fortwährende Bemühen um Aufarbeitung der Verbrechen und Anstrengungen zur Aussöhnung.

Ängste vor einer Wiedervereinigung gab es auch in Deutschland. So hatte der spätere Bundeskanzler Gerhard Schröder als niedersächsischer Oppositionsführer im September 1989 jede auf Wiedervereinigung zielende Politik als »reaktionär und hochgradig gefährlich« bezeichnet. Oskar Lafontaine nannte die Forderung nach einer Wiedervereinigung noch im Dezember 1989 einen »historische[n] Schwachsinn«.<sup>12</sup> Andere sahen die deutsche Teilung auch als Strafe für die Menschheitsverbrechen des »Dritten Reiches«. Mit der Überwindung der Teilung und damit dem Ende der damit in den Augen mancher verbundenen Sühneleistung bedurfte es einer symbolischen Alternative.

Dies umso mehr, als Deutschland nicht nur wieder geeinigt war, sondern auch beschloss, seinen Regierungssitz von Bonn nach Berlin zu verlagern. Nicht nur war die Stadt nicht mehr geteilt, als Symbol

10 C. D. Powell, »Seminar on Germany: Summary Record«, 25. 3. 1990. Es handelt sich um eine Zusammenfassung des Privatsekretärs von Margaret Thatcher: <https://www.margarethatcher.org/document/111047> (zuletzt eingesehen am 13. 7. 2023).

11 Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland (Zwei-plus-Vier-Vertrag), 12. 9. 1990: <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/regelbasierte-internationale-ordnung/voelkerrecht-internationales-recht/-/240218> (zuletzt eingesehen am 13. 7. 2023).

12 Zit. nach: Ralf Georg Reuth, »Wie Brandt Lafontaine auf Einheitskurs bringen wollte«, in: *Die Welt*, 11. 9. 2005: <https://www.welt.de/print-wams/article132163/Wie-Brandt-Lafontaine-auf-Einheitskurs-bringen-wollte.html> (zuletzt eingesehen am 19. 6. 2023).

der Schuld und der Sühne, sie schickte sich auch an, sich in die Traditionen des Deutschen Reiches vor 1945 einzufügen – und mit ihr das ganze Land.

## Das ›Holocaust-Mahnmal‹ und das Existenzrecht Israels als deutsche Staatsräson

Kurz vor dem Umzug fiel dann auch die Entscheidung, an zentraler Stelle in der alten neuen Hauptstadt ein Mahnmal für die ermordeten Jüdinnen und Juden Europas zu errichten und damit den Holocaust in den Mittelpunkt der Erinnerung zu stellen. Zum bemerkenswerten Beschluss, die Verantwortung für die deutschen Verbrechen anzuerkennen, indem man in die neue Hauptstadt ein Denkmal für die Opfer stellte, gesellte sich ein zweiter: Man beschloss, nur einer Opfergruppe zu gedenken.

Bewusst hatte sich der Deutsche Bundestag nach intensiver Debatte dagegen entschieden, ein Denkmal für alle Opfer des Nationalsozialismus zu errichten, obwohl Mahnende darauf hingewiesen hatten, dass damit eine Hierarchie der Opfer befördert würde. Bundestagspräsident Wolfgang Thierse zitierte im Bundestag den Historiker Reinhart Koselleck, der warnte, »wir dürften uns als Täter nicht anmaßen, eine Hierarchie der Opfer festzuschreiben«, denn wer »dies tut, bedient sich weiterhin jener Kategorien, mit denen die SS ihre Opfer definiert hat, um sie zu vernichten.«<sup>13</sup> Dennoch plädierten Thierse und schließlich die Mehrheit des Bundestages für ein Denkmal ausschließlich für die ermordeten Jüdinnen und Juden Europas, das schlussendlich 2005 eingeweiht wurde.

Thierse wies in seiner Eröffnungsrede ausdrücklich darauf hin, dass es sich um eine der letzten Entscheidungen handelte, die der Bundestag vor seinem Umzug in Bonn getroffen hatte, um »ein erstes gemeinsames Erinnerungsprojekt des wiedervereinten Deutschland« auf den Weg zu bringen und ein »Bekenntnis, dass sich dieses

13 Wolfgang Thierse, »Rede in der Debatte zum Holocaust-Denkmal«, 25. 6. 1999: <https://www.thierse.de/reden-und-texte/reden/rede-zum-holocaust-denkmal/> (zuletzt eingesehen am 13. 7. 2023)

geeinte Deutschland zu seiner Geschichte bekennt und zwar indem es in seiner Hauptstadt, in ihrem Zentrum, an das größte Verbrechen seiner Geschichte erinnert.«<sup>14</sup>

Die Entscheidung für den Umzug des Bundestags von Bonn nach Berlin und damit die Machtverlagerung vom Westen in das alte Zentrum des Deutschen Reiches wurde also begleitet von einem demonstrativen Bekenntnis zur eigenen problematischen Geschichte. Eine Geschichte, deren Last man leichter tragen konnte, da auch Thierse, die Formulierung von Weizsäckers aufgreifend, des Kriegsendes als »Befreiung unseres Landes und unseres Kontinents von der Hitlerbarbarei« gedachte. Das Denkmal erinnere an »das schlimmste, das entsetzlichste Verbrechen Nazideutschlands«.<sup>15</sup> Gerade so, als habe es ein zweites Deutschland gegeben, als sei Hitler alleine schuld, als sei es keine *deutsche* Barbarei gewesen.

Dieses performative Bekenntnis zur deutschen Verantwortung war ein wichtiger Schritt, um die neue Berliner Republik an die Diskussionen der alten Bonner rückzubinden. Allerdings hatte die Entscheidung, die vergangenheitspolitische ›Gründung‹ der Berliner Republik nicht mit einem performativen Gedenken an alle Opfer des Dritten Reiches zu verbinden, bedeutende erinnerungspolitische Konsequenzen. Sie rückte den Holocaust ins Zentrum der Gedenkkultur.

Ein Schlüsselmoment dieser Verengung des Gedenkens war die berühmte Rede Angela Merkels 2008 vor der israelischen Knesset:

Deutschland und Israel sind und bleiben – und zwar für immer – auf besondere Weise durch die Erinnerung an die Shoah verbunden. [...] Der Zivilisationsbruch durch die Shoah ist beispiellos. Er hat bis heute Wunden hinterlassen. [...] Jede Bundesregierung und jeder Bundeskanzler vor mir waren der besonderen historischen Verantwortung Deutschlands für die Sicherheit Israels verpflichtet. Diese historische Verantwortung Deutschlands ist Teil

14 Rede von Bundestagspräsident Wolfgang Thierse zur Eröffnung des »Denkmals für die ermordeten Juden Europas«, 10. 5. 2005, <https://www.bundestag.de/parlament/praesidium/reden/2005/007-244962> (zuletzt eingesehen am 13. 7. 2023).

15 Ebd.

der Staatsräson meines Landes. Das heißt, die Sicherheit Israels ist für mich als deutsche Bundeskanzlerin niemals verhandelbar.<sup>16</sup>

Außergewöhnlich war nicht, was Merkel garantierte – das Existenzrecht Israels gehörte auch vorher schon zu den Eckpfeilern deutscher Nahostpolitik<sup>17</sup> –, sondern dass sie Sicherheit und Existenzrecht mit dem Begriff der Staatsräson umfasste und aus der Geschichte, genauer aus der Singularität des Holocaust, ableitete.

Der Begriff ›Staatsräson‹ verweist mit der Vorstellung von staatlichen Interessen, die den Rechten Einzelner, etwa auch der Meinungsfreiheit, übergeordnet sind, auf den vordemokratischen Raum. Sie wird damit dem (partei-)politischen Diskurs entzogen und in das Arkanum des (Außen-)Politischen verschoben. Ganz in Merkel'scher Manier erklärte die Kanzlerin ihre Nahostpolitik nicht zu einer politischen Option unter anderen, für die sie werben würde, dem man aber auch widersprechen könnte, sondern zum unhinterfragbaren, alternativlosen Grundsatz deutscher Politik. Da Sicherheit aber kein genau definierbarer Begriff ist, kann er auch missbraucht werden. Ist etwa durch eine Kampagne wie die des BDS (»Boycott, Divestment and Sanctions«) Israels Sicherheit schon gefährdet? Darüber kann also im politischen Deutschland nicht diskutiert werden, zumindest nicht ergebnisoffen.

Ohne es ausdrücklich auszuführen, begründete Merkel die deutsche Außenpolitik auf einem der konfliktreichsten Felder der internationalen Politik mit einem Rekurs auf die Verpflichtungen aus der Geschichte, genauer aus dem »Zivilisationsbruch durch die Shoah«. Der Holocaust wurde damit zur ultimativen Begründung deutscher Außenpolitik. Konsequenzen aus der Geschichte sind weitgehend der politischen Meinungsbildung entzogen, zumindest weit schwierig abzuändern. Wer handelt schon gegen die Geschichte?

16 Bundeskanzlerin Angela Merkel vor der Knesset, 18. 3. 2008: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/bulletin/rede-von-bundeskanzlerin-dr-angela-merkel-796170> (zuletzt eingesehen am 13. 7. 2023).

17 Vgl. dazu Markus Kaim, »Israels Sicherheit als deutsche Staatsräson Was bedeutet das konkret?« In: *APuZ* 6 (2015) S. 8–13, 30. 1. 2015: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/199894/israels-sicherheit-als-deutsche-staatsraeson/> (zuletzt eingesehen am 12. 7. 2023).

Diese Singularität, auf die Merkel sich bezieht, besitzt dabei eine wichtige politische Funktion: Sie beschränkt die Selbstverpflichtung Deutschlands auf Israel, da natürlich keine Bundesregierung ihren außenpolitischen Handlungsspielraum durch »alternativlose« Konsequenzen aus der Geschichte generell einengen lassen will. Ähnlich konkrete Verpflichtungen etwa zur Solidarität mit Polen, Russland, der Ukraine, um nur drei Länder zu nennen, die unter dem deutschen Vernichtungskrieg von 1939/41 besonders gelitten haben, gibt es nicht. Die »Beispiellosigkeit« der Shoah hat also auch eine präzise politische Stoßrichtung. Sie begründet die bedingungslose Solidarität mit Israel und nur mit Israel, nicht etwa mit der Ukraine, dem Schauplatz millionenfacher deutscher Massaker während des Zweiten Weltkriegs, deren Existenzrecht bis heute nicht zur Diskussion steht, schon gar nicht für die Regierung Merkel, die nur wenige Jahre nach ihrer Rede der Annexion der Krim durch Russland weitgehend tatenlos zusah.

Vergleichbare historische Selbstverpflichtungen aus anderen Epochen der deutschen Geschichte bestehen ebenfalls nicht, selbst für größtenteils Massenverbrechen bis hin zum Genozid. Dies zeigt die Debatte um den deutschen Kolonialkrieg gegen die Herero und Nama, die während der Regierungszeit Merkels große öffentliche Aufmerksamkeit erregte, zu dem aber kein einziges offizielles Wort der ehemaligen Bundeskanzlerin fiel. Eine Verpflichtung ergibt sich also nicht per se aus Verbrechen, sondern nur aus singulären.

Merkels Rede hatte keine konkreten Auswirkungen im Außenpolitischen, aber weitreichende Folgen für die Erinnerungskultur. Sie zementierte die »Singularität des Holocaust« als Kernelement der historischen Identität Deutschlands und die Frage des historischen Ortes des Holocaust innerhalb der Verbrechen des »Dritten Reiches«, aber auch der deutschen Geschichte allgemein.

Die »Staatsräson« stellt den Gipfelpunkt einer Entwicklung dar, die den Holocaust immer mehr in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung um die Verbrechen des »Dritten Reiches« rückt. Und sie steht an einem Wendepunkt der Diskussion um deutsche Identität und Erinnerungspolitik. Zum einen, weil kritische Wissenschaftler:innen und zivilgesellschaftliche Aktivist:innen eine Ausweitung der Vergangenheitsbewältigung fordern, zum anderen, weil einflussreiche

konservative Kreise dabei sind, klammheimlich die selbstkritische Betrachtung der deutschen Geschichte zu unterlaufen und in ihr Gegenteil zu verkehren. 13 Jahre später, Merkel war noch immer Bundeskanzlerin, formulierte es Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier anlässlich der Eröffnung der ethnologischen Sammlungen des Humboldt Forums 2021 so:

Die Erinnerung an den Zivilisationsbruch der Shoah ist und bleibt einzigartig in unserem nationalen Gedächtnis. Sie ist Teil unserer Identität. Das sage ich nicht als Historiker – die Geschichtswissenschaft führt über Einzigartigkeit und Vergleichbarkeit ihre eigenen, fachlichen Debatten –, sondern ich sage das als Bundespräsident.<sup>18</sup>

Es gelte aber auch:

Wenn es um die Kolonialzeit geht, haben wir sonst so geschichtsbewussten Deutschen allzu viele Leerstellen! Wir haben blinde Flecken in unserer Erinnerung und unserer Selbstwahrnehmung. [...] Hier mehr Licht ins Dunkel zu bringen, das ist nicht nur eine Aufgabe für Historiker.<sup>19</sup>

Er spielt dabei auf die Debatte über Deutschlands koloniale Verbrechen an, die zwischenzeitlich entbrannt war. Wenige Tage vor seiner Rede erst hatte sich Jürgen Habermas dazu geäußert, wie bereits erwähnt einer der Protagonisten des Historikerstreits der 1980er Jahre:

Im sogenannten Historikerstreit ging es seinerzeit darum, ob der Vergleich des Holocaust mit den stalinischen Verbrechen die nachgeborenen Deutschen von ihrer politischen Verantwortung [...] für die NS-Massenverbrechen entlasten könne. [...] Unter anderen Vorzeichen geht es heute nicht um eine Entlastung von dieser

18 Bundespräsident Steinmeier zur Eröffnung der ethnologischen Sammlungen im Humboldt Forum, 22. 9. 2021: <https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Frank-Walter-Steinmeier/Reden/2021/09/210922-Humboldt-Forum.html> (zuletzt eingesehen am 14. 7. 2023).

19 Ebd.

Verantwortung, sondern um eine Verschiebung der Gewichte [...]. Die Erinnerung an unsere bis vor Kurzem verdrängte Kolonialgeschichte ist eine wichtige Erweiterung. Diese kann auch in anderer Hinsicht hilfreich sein. Im Zuge der Immigration der letzten Jahrzehnte ist unsere Kultur nicht nur bereichert worden, unsere politische Kultur muss sich auch so erweitern, dass sich Angehörige anderer kultureller Lebensformen mit ihrem Erbe und gegebenenfalls auch ihrer Leidensgeschichte darin wiedererkennen können.<sup>20</sup>

Dass sowohl der Bundespräsident als auch der Doyen der deutschen Intellektuellen sich für die Notwendigkeit einer Erweiterung der deutschen Erinnerungskultur aussprachen und dabei ausdrücklich auf den Kolonialismus zu sprechen kamen, ist bemerkenswert. Auch ist der Hinweis auf die Leidensgeschichte aller Bürger:innen ein öffentliches Eingeständnis, dass Deutschland längst ein Einwanderungsland geworden ist und es dies auch auf erinnerungskulturellem Feld endlich zu würdigen gilt.

### Der sogenannte ›Historikerstreit 2.0‹

In der Öffentlichkeit ist immer wieder vom »neuen Historikerstreit« oder »Historikerstreit 2.0« die Rede. Allerdings handelt es sich in der Realität nicht um eine kompakte Debatte, sondern um viele verschiedene, in denen nicht nur das Verhältnis der gegenwärtigen deutschen Gesellschaft zu den Verbrechen des ›Dritten Reiches‹ verhandelt wird, sondern auch ihr Verhältnis zur Welt und insbesondere zum Globalen Süden sowie die zentrale Frage, wer zur deutschen Gesellschaft, was zur deutschen Geschichte, gehört.

Wer nur vom »neuen Historikerstreit« spricht, gibt zu erkennen, dass er oder sie nicht um die anderen Debatten weiß, sie nicht ernst nimmt, sie bewusst ausgrenzt oder zum Verstummen bringen will. Dabei hängen viele dieser Debatten inhaltlich zusammen oder bezie-

20 Jürgen Habermas, »Der neue Historikerstreit«, in: *Philosophie Magazin* 60 (2021) S. 10 f.

hen sich aufeinander, etwa jene um eine Erinnerungskultur, die den Holocaust in den Mittelpunkt stellt und aus diesem Umstand sogar Elemente außenpolitischer Staatsräson ableitet, mit der Diskussion über das Geschichtsbild etwa der AfD, das den darüber herrschenden Konsens in Frage stellt. Dazu gehören aber auch jene Debatten, die kaum auf mediales Interesse stoßen, wie etwa die um die Geschichte der Migration selbst, um den Beitrag sogenannter ›Gastarbeiter‹ zum Aufbau der Bundesrepublik Deutschland, um die rassistischen Gewaltexzesse am Ende der DDR und während der Zeit unmittelbar nach der Wiedervereinigung sowie jene zur Erinnerung an rassistische Terrorakte von Solingen und Mölln bis Hanau und Halle. Auch die Diskussionen um ›Ostidentitäten‹ allgemein gehören in diese Reihe oder die Debatte um die Geschichte Schwarzer Deutscher. Sie alle ignoriert man in der Ansicht, Historiker:innen würden nur über ein Thema streiten, nur auf einem Feld müsse die deutsche Identität ausgehandelt werden. Das skandalisierende Aufgreifen einer einzelnen Debatte verrät allerdings viel über die Dominanz eines völkischen Geschichtsbildes und die darauf basierende Annahme darüber, was eine zentrale Debatte über deutsche Geschichte und implizit deutsche Identität ist und was nicht. Beispielsweise werden die Debatten um die Ausladung Achille Mbembes oder die documenta 15 nicht als Erinnerungskämpfe wahrgenommen, weil sie sehr erfolgreich, wenn auch irrtümlich oder zumindest unvollständig, auf Auseinandersetzungen um Antisemitismus und/oder Israel reduziert werden.

Das waren sie auch, aber eben nicht nur. Wenn der Antisemitismusbeauftragte der Bundesregierung Felix Klein im Streit um Achille Mbembe erklärt, dass »die Einzigartigkeit des Holocaust [...] ein wichtiges Narrativ« sei »für die Erinnerungskultur in Deutschland«, die auch ausländische Wissenschaftler:innen binde und zur Klarstellung nötige,<sup>21</sup> und selbst der Protest von vielen internationalen Wissenschaftler:innen, darunter auch viele jüdische, dagegen nicht durch-

21 Felix Klein, »Die Causa Achille Mbembe. Schwere Vorwürfe um einige Textpassagen«, René Aguigah im Gespräch mit Felix Klein und Andrea Gerk, in: *Deutschlandfunk Kultur*, 21. 4. 2020: <https://www.deutschlandfunkkultur.de/die-causa-achille-mbembe-schwere-vorwuerfe-und-streit-um-100.html> (zuletzt eingesehen am 13. 7. 2023).